

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Bestellgebühr monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Streifenband 4,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 111.
Verlagsredaktion: Amt Norden 2895 und 2896.

Arbeitslosien sollen die achtgepalt. Kompartiments- oder deren Raum 80 Pl., Kleins. 120 Pl. das festgedruckte Wort 40 Pl., jedes weitere Wort 20 Pl. Lesungszuschlag 50 %.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Verlagsredaktion: Amt Norden 2895

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Eine Friedensaktion der Internationale

Für Völkerbund und Rechtsfrieden!

Amsterdam, 29. April.

Die Internationale Sozialistenkonferenz in Amsterdam hat zum Schluß ihrer Beratungen folgende Entschliessung über den Völkerbund angenommen:

Die Konferenz nimmt zur Kenntnis, daß die Völker seitens der alliierten Regierungen mit einem Vertrag bekannt gemacht worden sind, der den ersten Keim für eine mehrheitliche Organisation der Herrschaft eines dauernden Friedens enthält, und sie stellt fest, daß die Fortführung einer von den Arbeiterorganisationen inspirierten internationalen Arbeiterschutzeschgebung die Grundlage zu einer wirtschaftlichen Verständigung zwischen den Nationen vorbereitet. Die Konferenz ist jedoch der Meinung, daß ein Völkerbund nur dann seinen Zweck erfüllt,

1. wenn er von Anfang an auf der Grundlage gleicher Pflichten und Rechte alle unabhängigen Völker in sich vereinigt, die die Verpflichtungen des Vertrages übernehmen und deren Delegierten von ihren Volkvertretungen gewählt sind.

2. Wenn er über eine internationale Autorität verfügt, die beauftragt ist, sowohl den eingegangenen Verpflichtungen in Bezug auf den Friedensvertrag als die Tätigkeit des Völkerbundes Geltung zu verschaffen. Diese Autorität übernimmt die Verpflichtung, wirtschaftliche Beziehungen herbeizuführen, die allmählich zur Unterbindung aller geschäftlichen Hindernisse des internationalen Handels, der Weltproduktion und der Weltverteilung führen.

3. Wenn er Maßnahmen für ein Verbot weiterer Rüstungen, für die progressive Herabsetzung der gegenwärtigen Rüstungen und eine Kontrolle der noch gestatteten Munitionsfabrikation vorseht und wenn er baldigst auf eine völlige Abrüstung zu Werke geht und zu Lande hinarbeitet. Bis diese Abrüstung verwirklicht ist, müssen die Armeen, deren Bildung wegen der internationalen Lage notwendig sein würde, sowohl bezüglich der Effektivstärke wie des Rekrutierungssystems der Kontrolle des Völkerbundes unterstellt werden, um jede Gefahr für die Demokratie hintanzujagen.

4. Wenn sie alle Nationen, aus denen sich der Völkerbund zusammensetzt, ausnahmslos dazu verpflichten werden, alle Konflikte vorzulegen, auf die der Völkerbund Anwendung finden kann, und wenn die Nationen sich verpflichten, das Urteil des Bundes anzuerkennen und in keinem Falle zum Kriege ihre Zustimmung zu nehmen.

5. Wenn er, um diesen Zweck zu erreichen, die Methode der öffentlichen Diplomatie annimmt, wie sie beispielsweise kürzlich Wilson in seiner Erklärung im Streifenband zwischen Italien und den Südslawen angewandt hat, und die die Gewähr dafür bieten muß, daß die Forderungen der verschiedenen Staaten für jeden einzelnen Fall entschieden werden, um dadurch allein die Bekanntheit des Friedens zu sichern. Diese Bedingungen sind eigenmächtig von den alliierten Regierungen nicht erfüllt worden. Die Konferenz appelliert schon jetzt an die Laikraft der Arbeiter aller Länder, um für die Organisation eines Völkerbundes zur Sicherung eines dauerhaften Friedens zu wirken.

Ferner wurde folgende Entschliessung angenommen:

Die in Amsterdam tagende Konferenz, die die sozialistische und Arbeiterbewegung von 26 Nationen vereint, erklärt ihre Entschlossenheit, den Kampf für einen Frieden aufzunehmen, der nicht im Widerspruch mit den 14 Punkten Wilsons steht, da er die einzige Grundlage für ein dauerndes Einvernehmen der feindlichen Demokratien zu bilden geeignet ist. Die Konferenz ist der Meinung, daß die durch die Beschlüsse der Pariser Konferenz geschaffene Verantwortung (Prantana, Penderon, Quenand) und der Mitglieder des Aktionsausschusses (Renauld, Lonquet, Macdonald, Stuart Lunnin) als unvermeidlich erweist, bis die Friedenspräliminarien unterzeichnet sind. Die Konferenz beauftragt diese Delegierten, eine Zusammenkunft mit den vier leitenden Männern der alliierten, die in hervortretender Weise an der Aus-

arbeitung der Friedenspräliminarien beteiligt waren, zu verlangen. Bei dieser Zusammenkunft, die durch die Vertretung und die jüngsten Zwischenfälle bei der Diskussion über den Frieden gerechtfertigt ist, müssen die Vertreter der Internationale darauf bestehen, daß eine Lösung herbeigeführt werde, die sich mit den Berner und Amsterdamer Beschlüssen deckt. Die Konferenz erwartet, daß die Leiter der Regierungen sich einem derartig formulierten Verlangen nicht werden entziehen können, da dieses Verlangen den unwiderleglichen Beweis liefert, daß die Arbeitergruppe der ganzen Welt daran mitwirken will, einen gerechten und dauerhaften Frieden herbeizuführen, daß sie an allen in diesem Sinne gemachten Vorschlägen tätigen Anteil nimmt und nur solche anzunehmen gewillt ist. Die Konferenz hat den Regierungen die Verantwortung für alle aus einer etwaigen Weigerung sich ergebenden Folgen überlassen.

Die Folgen des Libaner Staatsstreiks. Eine neue Blamage.

Die Mitteilungen der Waffenstillstandskommission berichten unter der Überschrift „Eine unerhörte Anklage gegen die deutsche Regierung“ über Einzelheiten einer neuen Auseinandersetzung zwischen der deutschen Regierung und der Entente, über die die ausländische Presse bereits einige Andeutungen gebracht hatte.

Im Auftrage der britischen Regierung ersuchte der englische Vertreter in Syon am 24. April die deutsche Regierung um die sofortige Wiederherstellung der Lage in Liban, wie sie vor dem Staatsstreich gegen die lettische Regierung bestanden habe, welcher kürzlich von den Deutschen ausgeführt worden sei. Die lettische Regierung solle vollständig wiederhergestellt und ihr gestattet werden, in jeder Weise ihre Pflichten als regierende Staatsmacht zu erfüllen, einschließlich voller Freiheit in Bezug auf Einstellung lettischer Truppen.

Deutscherseits wurde auf diese angeblich „durch nichts begründete“ Anschuldigung folgendes erwidert:

„Die deutsche Regierung erklärt auf die Note der englischen Regierung über die Vorgänge in Liban, daß sie sich in die innerpolitischen Verhältnisse von Lettland nicht einmische, aber auch ein Recht einer anderen Regierung auf Einmischung in die innerpolitischen Verhältnisse Lettlands nicht anerkennen kann. Gegenüber den Behauptungen der englischen Note stellt jedoch die deutsche Regierung fest, daß deutsche Truppen und Behörden keinen Staatsstreich gegen die lettische Regierung ausgeführt haben und an einem solchen sich auch nicht beteiligten. Der in Liban vollzogene Regierungswechsel ist nach den bisherigen Ergebnissen der abgelaufenen Unternehmung das Werk der einheimischen Bevölkerung.“

Die von uns veröffentlichten dokumentarischen Belege haben den schlüssigen Beweis erbracht, daß es sich bei dem Umsturz in Lettland tatsächlich um einen mit Unterstützung der deutschen Okkupationsbehörden unternommenen Staatsstreich der deutsch-baltischen Junker gehandelt hat. Die Antwortnote der deutschen Regierung steht mit diesem objektiven Sachverhalt, der durch Veröffentlichungen in der skandinavischen Presse der ganzen Welt bekanntgeworden ist, in keinem Widerspruch. Sie wiederholt eisensternig dieselben Lügen und Entstellungen, mit denen die amtlichen Stellen fortgesetzt die deutsche Desfinitivität irrezugewöhnen suchen. Ueberflüssig zu sagen, daß die deutsche Regierung mit solchen Manövern ihre Position nur noch mehr verschlechtert. Statt ihre Schwelgerei, die deutsch-baltischen Barone, preiszugeben und von ihrem reaktionären Bulsch abzurücken, provoziert sie neue Komplikationen, indem sie in herausfordernder Tone gegen die „Einmischung“ der Entente in die innerpolitischen Verhältnisse Lettlands protestiert. Diese Haltung, die für unsere gesamte Politik verhängnisvoll werden kann, fordert zu der härtesten Zurückweisung heraus. Wir warnen schon gestern die Regierung, eine Politik fortzuführen, bei der mehr auf dem Spiel steht, als sie selber abnt. Wie recht wir hatten, zeigt der soeben veröffentlichte Notenwechsel. Nun genügen Warnungen allein nicht mehr. Wir erheben die entschiedene Forderung, die vor dem Libaner Staatsstreich bestehende Lage wiederherzustellen und endgültig von einer Politik in Verland Abstand zu nehmen, die nichts weiter als internationale Komplikationen und eine Verschlechterung der Stellung Deutschlands im Osten im Geolge haben kann.

Italienischer Imperialismus. Von Engelbert Graf.

Der neue Großmächte-Konzern hat in Italien einen sehr anspruchsvollen Teilhaber, dessen Ansprüche in umgekehrtem Verhältnis zu seiner Großmachtqualität stehen. Italien ist groß in seinen Ansprüchen und hat es glänzend verstanden, sich rechtzeitig auf den Schultern der Stärkeren zur Höhe des Erfolges emporzutragen zu lassen.

Das imperialistische Italien — das ist die italienische Bourgeoisie. Und die Ursache der imperialistischen Politik dieser Bourgeoisie liegt in dem geringen ökonomischen Rückhalt, den das Land Italien dieser Bourgeoisie bietet.

Eine Großmacht muß sich wirtschaftlich stützen auf einen Reichtum an Bodenprodukten und Bodenschätzen im eigenen Land oder in den Kolonien. Sie muß ihrem Volk oder anderen Völkern zu geben wissen. Italien aber ist arm, ist angewiesen auf das Nehmen. Trotz der Fruchtbarkeit der Poebene und anderer Landstriche vermag es nicht einmal seine eigene Bevölkerung zu ernähren; es muß Lebensmittel importieren. Die wichtigsten Rohstoffe fehlen ihm. Fast der gesamte Bedarf an Holz, Kohle und Eisen muß durch Einfuhr gedeckt werden. Seide und Seidenwaren und frische und getrocknete Früchte sind die einzigen Posten, die in seiner Ausfuhr mit erheblichen Beträgen zu Buch stehen. Einzig und allein seine Menschenproduktion und sein Menschenexport waren bedeutend. Der italienische Arbeiter war der typisch-internationale Wanderproletarier. 479 000 Italiener verließen im Jahre 1914 ihr Vaterland; davon gingen 233 000 in überseeische Länder; 219 000 kehrten in ihre Heimat zurück. Die Gesamtanwanderung aus dem Deutschen Reich in dem Jahrzehnt 1901—1910 betrug nur 280 000.

Zu einem großen Teil waren es die Auswanderer, die Italien alimentierten. Die Ersparnisse, die sie nach der Heimat sandten, die Vermögen, die sie zurückbrachten, lieferten zusammen mit den Beiträgen, die der Fremdenverkehr im Lande lief, dem italienischen Finanzkapital die hohen Summen, die die treibende Kraft für die imperialistische Politik Italiens wurden. Sie ermöglichten in gleicher Weise das Aufkommen einer intellektuellen Schicht in der Bevölkerung über den breiten Massen des Glanzproletariats, die wirtschaftlich an einem „größeren Italien“ interessiert war, die in der territorialen Expansion eine, die einzige Möglichkeit ihres sozialen und ökonomischen Aufstiegs sah, der insbesondere daran gelegen sein mußte, den Chauvinismus im eigenen Land bis zur Hieberbibe zu steigern.

Wenn trotz dieser ungesunden Grundlage die rassistische Abenteuerpolitik Italiens Erfolge gezeitigt hat, so hat sie viele nicht ihrer eigenen Kraft, nicht ihrer eigenen inneren Berechtigung, sondern stets den Gegenjählichkeiten innerhalb der übrigen Mächte zu verdanken gehabt. Seit Mitte des vorigen Jahrhunderts ist Italien stets der „lachende Dritte“ gewesen, so verarmten sich seine wirtschaftlichen, politischen und strategischen Niederlagen stets schließlich doch in Erfolge.

Es ist charakteristisch, wie die äußere Politik Italiens, sei es ein Italien gibt, seinen Forderungen und Kolonialpolitik hin- und herpendelt. Mißerfolge in der Irredentepolitik trieben das Land in koloniale Abenteuer, koloniale Niederlagen entzündeten den irredentistischen Chauvinismus.

In keinem Lande war die irredentistische Propaganda so stark wie in Italien, sowohl kein Land auf einer so geschlossenen Nation aufbaut wie als gerade Italien. In Frankreich lebten 1910 500 000, in der Schweiz 300 000, in Österreich-Ungarn, einschließlich der Bodener 800 000 Italiener; in Italien 270 000 Nicht-Italiener. An die französischen Italiener traute sich Italien nicht heran; in der Schweiz wagte keine irredentistische Propaganda nur zwei Wüchtern aufzutreten, um so unüberblühter kehrte sie sich gegen Österreich-Ungarn, dessen zerfallende Moribundheit sie für ihre imperialistischen Bestrebungen um so leichter anzunehmen hoffte.

„Italien bis zum Brenner“ ist trotz aller geographisch-morphologischen und strategischen Verteidigung eine solche nationale und wirtschaftliche Verengung großer deutscher Volksgebiete, daß außer wenigen italienischen Geographen niemand hierauf das sonst so oft mißbrauchte Schlagwort von der „natürlichen Grenze“ anzuwenden

